



Delmenhorster Kreisblatt
23. Januar 2016

Delmenhorster Kreisblatt 23.01.2016

„So scheitert Inklusion“

GEW kritisiert „skandalöse Unterversorgung“ an Regelschulen

Die Gewerkschaft spricht von einem Ausfall von rund 50 Prozent der Förderstunden. Die Chancengleichheit sei gefährdet.

VON MARCO JULIUS

DELMENHORST. Mit deutlichen Worten meldet sich der hiesige Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in der Debatte um fehlende Förderstunden beim Thema Inklusion in der Sekundarstufe I (Sek I) zu Wort. „Wer das Projekt Inklusion in Schulen zum Scheitern bringen wollte, müsste dabei genauso vorgehen, wie es zurzeit in Delmenhorst geschieht“, teilt Peter Pielok für die GEW mit. Die GEW begrüße, dass die „skandalöse Unterversorgung der Schüler in der Inklusion an den Sekundarschulen in Delmenhorst durch die Berichterstattung des dk endlich an die Öffentlichkeit gerät“.

Dabei legt die Gewerkschaft nach: „Die tatsächliche Situation stellt sich noch viel drastischer dar.“ Rund 50 Prozent der Förderstunden für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden in der Sek I nicht geleistet, so Pielok. „Nach GEW-Informationen werden beispielsweise an der Wilhelm-von-der-Heyde-Oberschule in den 5. und 6. Klassen 16 Kinder inklusiv (Förderschwerpunkte Sprache, Lernen und ESE) beschult, denen je nach Schwerpunkt 3 oder 3,5 Lehrerstunden pro Schüler zustehen, insgesamt sind dies 50 Stunden. Davon werden aber nur 25 Stunden erteilt, zwölf durch Förderschule und zehn durch Klassenlehrer.“ Dies sei an den anderen Schulen nicht anders.

Aus Sicht der GEW bewahrheitete sich die Befürchtung, dass die in der öffentlichen Diskussion oft als hehres Ziel verkaufte Einführung der Inklusion wenn möglich

auch dazu genutzt werde, klammheimlich Kosten einzusparen. Allein in Delmenhorst handele es sich um mehrere Planstellen.

„Maßgeblich betroffen sind natürlich die Förderschüler, deren Anspruch auf Chancengleichheit wegen fehlender Unterstützung erheblich eingeschränkt wird. Hier kann die gesamte Lebensplanung beeinträchtigt sein, wenn mögliche Schulabschlüsse nicht erreicht werden. Betroffen sind aber natürlich auch die Lehrkräfte, denen die benötigte Unterstützung gerade in dieser Phase des Umbruchs fehlt“, betont die GEW.

Zur Erinnerung: Die Landesschulbehörde hatte auf Anfrage mitgeteilt, die Schulen seien ausreichend mit Stunden zur inklusiven Beschulung versorgt. Schulleiter hatten allerdings eingeräumt, dass in der Praxis nicht alle Stunden geleistet werden könnten.

Auch Utz Müller, Förder-

schulrektor der Mosaikschule, hat sich nach dem dk-Artikel zu Wort gemeldet. „Tatsache ist, dass in der Zeit eines Systemwechsels hin zur inklusiven Schule die sonderpädagogische Versorgung im Bereich der Sek I nicht ausreichend ist. Hierfür stehen auch den zuständigen Förderzentren nicht ausreichend Lehrerstunden zur Verfügung, die an die Schulen weitergeleitet werden könnten.“ Müller mahnt mehr Kommunikation an. Die inklusive Ausrichtung der Schulen müsse von allen an einer Schule tätigen Professionellen gemeinsam geplant und vollzogen werden. „Schon jetzt fordert die veränderte Rechtslage den bereits bestehenden Kollegien aller Schulformen ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit, Veränderungswillen und Kooperationsbereitschaft ab. Der Startschuss zum System- und Paradigmenwechsel ist längst gefallen“, so Müller.

GEW spendet 1700 Euro für Knisterschule

Der Kreisverband Delmenhorst der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) hat die Knister-Grundschule bei der Beschaffung von Unterrichtsmaterialien mit 1700 Euro finanziell unterstützt. Mit Hilfe dieser Materialien wird insbesondere die Arbeit der Schule mit **Flüchtlingskindern** unterstützt.

Bislang warten die Delmenhorster Schulen auf eine **zusätzliche finanzielle Zuwendung der Stadt** als Schulträger, denn die neuen Aufgaben können mit den vorhandenen Lehrmitteln kaum gelöst werden. Es sei nicht damit getan, dass in **Berlin** zusätzliche Geldmittel bereitgestellt würden, so die GEW. Diese Mittel müssten auch in den Schulen ankommen. Daher sei die Spende der GEW, die fast so hoch sei wie die Geldmittel, die die Schule im ganzen Jahr 2016 für Lehrmittel ausgeben darf, freudig angenommen worden.

TI



Lernmittel im Wert von 1700 Euro spendete die GEW der Knisterschule.

FOTO: PETER PIELOK

Kreisblatt am Sonntag 8.5.16. S. 2

11. Mai 2016 Mitgliederversammlung Resolution

Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Delmenhorst der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) begrüßt ausdrücklich das in der UN-Behindertenrechtskonvention beschlossene und von der Bundesrepublik Deutschland umzusetzende Recht auf eine gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern.

Die GEW weist aber darauf hin, dass sich die Staaten mit der Ratifizierung verpflichten, nicht nur das Recht auf Inklusion zu gewährleisten, sondern auch den Betroffenen „die notwendige Unterstützung“ zukommen zu lassen „um ihre erfolgreiche Bildung zu erleichtern“.

Die Umsetzung dieses Teils des Abkommens wird jedoch in den Sekundarschulen Delmenhorst seit geraumer Zeit in dramatischer Weise vernachlässigt. Schüler mit Förderbedarf erhalten nur einen Bruchteil der ihnen zustehenden Lehrerstunden. Damit ist fraglich, ob Schulabschlüsse – an den Förderschulen erreichte ein hoher Anteil der Schülerschaft den Hauptschulabschluss – wie in der Vergangenheit erreicht werden können. Die GEW befürchtet vielmehr, dass die Betroffenen in gravierender Weise um ihre Bildungschancen betrogen werden.

Ebenso ist zu befürchten dass durch diese unverantwortliche Minderausstattung mit Lehrerstunden die Umsetzung der Inklusion nicht wie gewünscht zu einer Verbesserung von Lebenschancen und Lebensqualität führt, sondern vielmehr zu deren Einschränkung.

Für die GEW ist es nicht hinnehmbar, dass dieser Zustand mindestens seit Beginn des Schuljahres bekannt ist, Gegenstand von Zeitungsberichten und einer Schulausschusssitzung war, ohne dass die maßgeblichen Stellen Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation ergriffen hätten. Das Gelingen der Inklusion wird damit nicht mehr nur in fahrlässiger Weise aufs Spiel gesetzt, es könnte vielmehr Absicht oder zumindest Duldung unterstellt werden.

Die GEW fordert die betroffenen Eltern sowie die Institutionen, Parteien und Gruppierungen, die für die Rechte von Behinderten eintreten, auf, für die Beendigung dieses Missstandes und das Einhalten der Mindeststandards auch in der Inklusion zu eintreten.

Delmenhorster Kreisblatt
16. Mai 2016

DK 23.5.16 S.1 GEW sieht Ziel Inklusion erheblich gefährdet

Resolution verabschiedet: Lehrerstunden für Schüler mit Förderbedarf an Sekundarschulen fehlen

juls **DELMENHORST.** Die Mitgliederversammlung des hiesigen Kreisverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat einstimmig eine Resolution verabschiedet, die sich mit

Inklusion an Schulen befasst. Darin wird das Recht auf eine gemeinsame Beschulung von behinderten und nichtbehinderten Kindern ausdrücklich begrüßt. Doch für die Umsetzung

müsse auch notwendige Unterstützung geleistet werden. „Die Umsetzung wird in den Sekundarschulen Delmenhorst seit geraumer Zeit in dramatischer Weise vernachlässigt. Schüler mit För-

derbedarf erhalten nur einen Bruchteil der ihnen zustehenden Lehrerstunden“, so die GEW. Es sei es nicht hinnehmbar, „dass dieser Zustand mindestens seit Schuljahresbeginn bekannt ist,

Gegenstand von Zeitungsberichten und einer Schulausschusssitzung war, ohne dass maßgebliche Stellen Maßnahmen zu einer Verbesserung der Situation ergriffen hätten“.

**„Inklusion skandalös
vernachlässigt“**

fred **DELMENHORST**. Die Unabhängigen Delmenhorster (UAD) befürchten, dass die Umsetzung der Inklusion in der Schule, das Recht auf eine gemeinsame Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern, in Delmenhorst „fast schon skandalös vernachlässigt wird“. Dies teilt Ratsherr Uwe Dähne mit. Er bezieht sich auf eigene Recherchen in Delmenhorster Sekundarschulen. Demnach erhalten Schüler nur einen Bruchteil der ihnen zustehenden Lehrerstunden. „Die Konsequenz ist, dass die betroffenen Schüler nicht die Schulabschlüsse erreichen, die bei vollständiger Unterstützung möglich wären.“ Diese „Minderausstattung mit Lehrerstunden“ hält Dähne für unethisch, sie gefährde die Umsetzung der Inklusion und beraube die Schüler in ihrer Ausschöpfung von Lebenschancen. Auch wenn in Zeitungen über die Missstände berichtet worden sei, habe es kaum merkliche Verbesserungen gegeben. Der Landesschulbehörde wirft Dähne „Herumeiern“ vor.

Delmenhorster Kreisblatt
26.5.16 S. 2

Studenten stopfen Löcher an Schulen

BILDUNG Vielerorts unterrichten unausgebildete Lehrkräfte – Gewerkschaft fürchtet „Überforderung“

Studenten sollen keine Planstellen besetzen. Klassenleitungen übernehmen sie dennoch.

VON ROBERT OTTO-MOOG
UND HELEN HOFFMANN

OLDENBURG/BREMEN – Wegen des Lehrermangels unterrichten vielerorts auch Studenten und Lehrkräfte ohne zweites Staatsexamen an den Schulen. So sind in Bremen rund

180 Frauen und Männer, die ihre Ausbildung noch nicht mit dem Referendariat abgeschlossen haben, im Einsatz. „Sie sollten ausschließlich innerhalb unseres Vertretungspools im Einsatz sein“, sagte die Sprecherin des Bildungsressorts, Annette Kemp. Sie bestätigte, dass darunter auch Klassenlehrer sind. „Es gab Ausnahmen, die wir aber keineswegs anstreben.“ Es sei derzeit nicht möglich, den Vertretungsunterricht nur mit

fertig ausgebildeten Lehrkräften zu gestalten.

Ähnlich ist es in Niedersachsen. „Es ist grundsätzlich so, dass wir auch Bachelor-Absolventen an Schulen einsetzen“, sagte die Sprecherin der Landesschulbehörde, Bianca Schöneich, der **NWZ**. In Niedersachsen arbeiten derzeit 82 Studenten in der Sprachförderung, rund 100 Vertretungslehrkräfte sind zudem im Einsatz – alle mit befristeten Verträgen. Wie viele davon noch studie-

ren, ist nicht bekannt. Schöneich zufolge sei es zwar nicht vorgesehen, dass Studenten Klassenleitungen übernehmen. Vorkommen könne es aber „in Rahmen von Vertretungsverträgen“.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht die Entwicklung mit Sorge. „Ich halte das für eine Überforderung“, sagte Ilka Hoffmann aus dem GEW-Hauptvorstand. Dass Studenten einzelne Unterrichtsstun-

den halten, sei normal. Sie dürften aber keine ausgebildeten Lehrkräfte ersetzen.

In Niedersachsen wurden zu Beginn des Schuljahres fast 2300 neue Lehrer eingestellt – darunter 300 Quereinsteiger. Für das zweite Halbjahr sind in Niedersachsen 1300 Planstellen ausgeschrieben. Möglicherweise freibleibende Stellen durch Vertretungskräfte zu kompensieren sei nicht vorgesehen, sagte Schöneich.

→ **KOMMENTAR, SEITE 4**

STUDENTEN ALS LEHRER

Praxisfern

VON ROBERT OTTO-MOOG



Dass angehende Lehrer schon während ihres Studiums möglichst früh und möglichst viel Praxiserfahrung sammeln, ist wichtig. Wenn die Arbeit in der Schule aber nicht zur Ausbildung gehört, sondern dazu dient, Löcher zu stopfen, läuft etwas gehörig schief.

Ändern muss sich nicht nur etwas daran, dass in Bildung viel zu wenig investiert wird. Ändern muss sich auch etwas an der lebensfernen Lehrerausbildung und den steifen Strukturen. Warum müssen Lehrer – egal für welche Schulform und welche Fächer – vor ihrem Referendariat mindestens fünf Jahre lang studieren? Warum wird es ihnen später so schwer gemacht, die Schule zu wechseln? Welcher junge Mensch will sich heute lebenslang an einen abgehängten Ort binden? Also an die Orte, in denen der Lehrermangel am größten ist.

Quereinsteiger können einige Lücken füllen, viele von ihnen bringen Lebens- und Berufserfahrung mit – etwas, das vielen jungen Lehrern sonst fehlt. Noch viel besser aber wäre es, Ausbildung und Strukturen so attraktiv zu machen, dass erst gar keine Lücken entstehen.

Den Autor erreichen Sie unter Robert.Otto@infoautor.de

Großbaustelle Inklusion

Kritiker fordern Reformpause auf dem weiten Weg zum gemeinsamen Unterricht

Es ist eines der ganz großen schulpolitischen Themen: Wie kann das gemeinsame Unterrichten von behinderten und nicht behinderten Kindern auf Dauer gelingen? Klar ist: Das Ziel ist noch nicht in Sicht.

Von Klaus Wieschemeyer

HANNOVER. Dass die Aufgabe riesig wird, räumt auch Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) ein: „Wir haben mit der Inklusion einen der größten Umstellungsprozesse der Schulgeschichte vor uns“, sagte sie am Donnerstag bei der Vorstellung eines Konzepts regionaler Beratungszentren, die nächstes Jahr starten sollen.

Es geht um ein Nachsteuern. Denn obwohl bereits 2012 das gemeinsame Unterrichten von Behinderten und Nichtbehinderten auf den Weg gebracht wurde, ist das Land vom inklusiven Schulsystem noch weit entfernt.



Sitzung hören, wie die Verbände zu dem hehren Ziel des zieldifferenzierten Unterrichts in einem Klassenraum stehen.

Mag sich die Politik im Ziel der Inklusion weitgehend einig sein, der Weg ist umstritten. Und manchen Eltern ist das Tempo unheimlich. Wie Anika von Bose vom Elternrat der Sprachheilschule Celle. Sie hat ihren Sohn bewusst in eine Förder- und nicht an eine Regelschule geschickt. Hier bestehe nicht die Gefahr, dass das Kind „untergehe“. Entsprechend ärgert es sie, dass das Schulministerium die Förderschule wegen der Inklusion nicht mehr genauso ausstatten will wie andere. Zwar ist die Schließung vom Tisch. Aber dass sie nicht mehr gewollt ist, sehe man an fehlenden Lehrerstunden und am fehlenden Ganztagsausbau. Ein Fehler, findet die Mutter. „Inklusion braucht mehr Zeit. Ich sehe die Umsetzung mit der Brechstange kritisch“, sagt von Bose.

Diese Worte könnten

weit entfernt.

Es fehlt weiterhin an Sonderpädagogen, an Fortbildungen für Lehrer an Regelschulen und Räumlichkeiten. Direktoren berichten von „Rückläufern“. Das sind Kinder mit Handicap, die von der Regelschule zurück an Förderschulen gehen.

Trotzdem sieht sich Rot-Grün derzeit auf einem richtigen Weg: Man werde die Inklusion „behutsam und konsequent“ weiterentwickeln, verspricht der Grünen-Politiker Heiner Scholing. Im Landtag liegen derzeit Gesetzentwürfe von SPD und Grünen, CDU sowie der FDP zu einer Reform der Inklusion. Anfang 2017 will der Schulausschuss in einer ausgiebigen



Kinder mit Downsyndrom können heute Regelschulen besuchen, so lernt auch der kleine Kilian an einer Grundschule in Springe. Doch die Inklusion läuft nicht reibungslos. FOTO: IMAGO/EPD

Diese Worte könnten auch von Björn Försterling von der FDP kommen. Die Partei fordert eine „Atempause“. Das Tempo überfordere die Schulen. Auch die CDU warnt: „Wenn wir so weitermachen, laufen wir Gefahr, dass die Inklusion gesellschaftlich scheitert“, warnt CDU-Schulexperte Kai Seefried. Auch der designierte Spitzenkandidat der Partei, Bernd Althusmann, fordert „mehr Zeit“ für Inklusion und lehnt die Abschaffung der Förderschule Lernen ab. Das ist schon ein Wink für den Wahlkampf 2018. Dass das Thema bis dahin abgeschlossen sein könnte, glaubt in Hannovers Landespolitik nämlich niemand.